



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand
Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin

Erfurt, den 27.03.2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

drei ereignisreiche Monate ist mein letzter Newsletter schon wieder her. Es lag Schnee und war kalt. Das allerdings hat sich bisher nicht wirklich geändert, obwohl wir schon März haben. Ich mag ja den Winter, aber ich finde, es reicht jetzt. Sonne: Bitte übernehmen!

Viel ist passiert in den letzten Wochen: Nach dem besten grünen Wahlergebnis in Niedersachsen, was es bisher gab, gibt es nun eine neue, eine rot-grüne Landesregierung dort. Der Entwurf unseres grünen Wahlprogrammes für die Bundestagswahl ist fertiggestellt und wartet auf Eure Anregungen. Wir hatten im Landtag drei Plenarsitzungen, viele Ausschusssitzungen und zahlreiche weitere Gremiensitzungen. Es gab Fachgespräche und Frühlingsempfänge. Im Folgenden will ich versuchen, einiges darzustellen.

Die Tage über Ostern geben auch mir die Gelegenheit, ein wenig Kraft zu tanken für die nächsten Wochen. Ich wünsche Dir und Euch erholsame Feiertage, nehmt Euch Zeit für Euch, für Familie und FreundInnen: Fröhliche Ostern und denkt daran: Kauft kein Ei mit einer 3☺

THEMEN:

- 1) Grünes im Bund: Entwurf Wahlprogramm, Bundesfrauenrat, BDK in Berlin
- 2) Berichte von den Plenarsitzungen im Landtag
- 3) Grünes im Land: Treffen in Jena, LDK in Sömmerda
- 4) Bericht: Fachgespräch Kulturfinanzierung
- 5) Kurz berichtet - zu vielen Themen
- 6) Vorschau und Termine, u.a. „Inklusion kann nur gemeinsam gelingen“ am 10.4. in Erfurt
- 7) Zu Guter Letzt

1) Grünes im Bund: Wahlprogramm, BDK und Bundesfrauenrat

Nach vielen Wochen harter Arbeit der Programmkommission und des Bundesvorstandes in Klausuren und vielen Gesprächen auch mit der Bundestagsfraktion liegt nun der Entwurf eines Programms für die Bundestagswahl im September 2013 vor. Er ist das Ergebnis breiter Diskussionen u.a. mit Bundesarbeitsgemeinschaften und Landesvorständen. Unter dem Titel:



„Zeit für den grünen Wandel“ liegen 158 Seiten Vorhaben für eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung vor. „Zeit für den grünen Wandel“ bedeutet konkret: Erfolg der Energiewende, mehr Gerechtigkeit und Angebote an eine moderne, geschlechtergerechte und inklusive Gesellschaft. Insgesamt 54 Schlüsselprojekte spitzen den grünen Veränderungsanspruch zu. Drei Schlüsselprojekte je Kapitel setzen den grünen Wandel in konkrete Politikmaßnahmen um, zum Beispiel die Streichung von Industriesubventionen für Unternehmen bei der EEG-Umlage, die Einführung eines Mindestlohnes und die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Der Entwurf ist zugleich der Antrag des Bundesvorstandes an die nächste Bundesdelegiertenkonferenz, die vom 26.-28. April in Berlin stattfinden wird. Drei Tage lang soll hier der Programmentwurf mit den immer zahlreicher eingehenden Änderungsanträgen diskutiert

werden. Wir haben uns als Bundesvorstand erstmals dazu entschlossen, in einem Mitgliederentscheid am 8. und 9. Juni alle Mitglieder darüber entscheiden zu lassen, die Schlüsselprojekte zu priorisieren und ihre inhaltlichen Wahlkampfschwerpunkte zu bestimmen. Übrigens dürfen alle dabei abstimmen, die bis zum 10. Mai Mitglied geworden sind. Vielleicht ist das ein Anreiz zur Mitgliederwerbung?

In der Bundesgeschäftsstelle jedenfalls wurden die Weichen auf Wahlkampf gestellt: Unsere Wahlkampfzentrale „Basislager“ wurde Anfang März eröffnet.

Ihr findet die Informationen zum Programm hier: <http://gruenlink.de/gnd>, den Programmentwurf im Internet hier: <http://gruenlink.de/gho> und alle Informationen zur BDK einschließlich Änderungsanträgen mit dem Link: <http://www.gruene.de/partei/bdk-in-berlin.html>

1. Ordentlicher Bundesfrauenrat 2013: Der grüne Wandel gelingt nur mit uns Frauen

Zum Entwurf des Programmes trafen sich die Delegierten aller Länder, der Bundestags- und Europafraktion und des grünen Bundesvorstandes zum Bundesfrauenrat am 23. und 24. März in Berlin. Nach Begrüßung und Einführung durch die Frauenpolitische Sprecherin des Bundesvorstandes, Astrid Rothe-Beinlich, hielt Claudia Roth die politische Rede zum Programmprozess und zu den Leitlinien grüner Politik für 2013. Sie warb auch für den Blick über den Tellerrand und sprach neben den Herausforderungen für GRÜN mit Blick auf den angestrebten Regierungswechsel am 22. September auch die schwierige Situation der Flüchtlinge insbesondere aus Syrien aber auch die Lage von Minderheiten in ganz Europa, wie der Roma, gezielt an. Ebenfalls zu Gast war die Bundesvorsitzende des Deutschen Frauenrates, Hannelore Buls. Sie benannte als wichtigsten Punkt die Beendigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.



Diskutiert wurden u.a. die Frage der Abschaffung des Ehegattensplittings, zu Fragen guter und geschlechtergerechter Pflege, zur Eindämmung und Abschaffung der Minijobs. Am Ende wurde

einstimmig die von mir für das Präsidium eingebrachte Resolution: "Vergewaltigungsoffern darf keine Hilfe verweigert werden!" verabschiedet. Die Delegierten beschlossen zudem gut 50 Anträge für den Ende April anstehenden Parteitag zum Bundestagswahlprogramm. Einen ausführlichen Bericht und die Resolution gibt es u.a. hier: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5854466.html>

2) Berichte: Die Plenarsitzungen im Landtag

Von jeder einzelnen Plenarsitzung ließe sich seitenweise berichten. Um den Newsletter nicht zu sprengen, werde ich mich daher sehr kurz fassen. Ich würde Euch gerne aus dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Hochschulen und Kunst oder anderen Landtagsgremien berichten. Da diese aber nichtöffentlich tagen, darf ich darüber nicht berichten. Wenn Ihr Fragen oder Anregungen zu einzelnen Themen oder Gremien habt: Bitte wendet Euch an mich oder meine Mitarbeitenden. Nun zu den Plenarsitzungen:

Das erste Plenum des neuen Jahres begann wie immer mit der Aktuellen Stunde. Wir hatten das Thema „Wohnen muss bezahlbar bleiben - auch in Thüringen“ in den Landtag gebracht. Für das Wohnraumförderungsgesetz der Landesregierung hatten wir Änderungen beantragt, die aber alle abgelehnt wurden. Wichtig war uns vor allem, die Förderung nur auf die Innenentwicklung zu beschränken, wie auch von Experten angeregt wurde. Das Ansinnen des Gesetzes an sich ist aber positiv und für die jungen Länder einmalig, deswegen haben wir uns enthalten.

Die folgenden zwei Tage waren von den abschließenden Beratungen des Haushaltes für 2013/14 geprägt. Dabei wurden - wie immer - alle Änderungsanträge der Opposition abgelehnt.

Am Ende des Plenums wurden noch Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender des zweiten Untersuchungsausschusses der Legislaturperiode gewählt, er soll sich dem Komplex Trinkaus/NPD und seinem Wirken in Erfurt befassen. Aufgrund unserer Fraktionsstärke stand uns hier der stv. Vorsitz zu, mein Fraktionskollege Dirk Adams wurde mit großer Mehrheit gewählt.

Das Februarplenum fand auf Wunsch der CDU wegen des Aschermittwochs nur zweitägig statt. Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Petitionswesens von CDU und SPD wurde ebenso



angenommen wie der Antrag der Landesregierung zur Novellierung des Gleichstellungsgesetzes. Letzterer sorgte vorab für erhebliche Unruhe und eine Demonstration des Landesfrauenrates vor dem Landtag (Bilder). Dazu passte die Antwort auf eine Anfrage von mir zu Spitzenpositionen in Staatskanzlei und Ministerien. Bei den Abteilungsleiterpositionen sind die Männer in fünf Ministerien (Innen-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt und Bauministerium) unter sich, immerhin eine Abteilungsleiterin (von fünf) gibt es im Sozialministerium. Meine Rede zu dem Tagesordnungspunkt findet ihr u.a. hier: <http://gruenlink.de/hew>.

Nach dem neuen Gesetz dürfen nun auch Männer Gleichstellungsbeauftragte werden. Allerdings wird es wohl insgesamt weniger davon geben, so müssen nur Kommunen mit über 20000 Bürgerinnen

und Bürger (vorher 10000) eine hauptamtliche Beauftragte haben

Wir kritisieren vor allem, dass eine Gleichstellung weiterhin nur auf dem Papier stattfindet. Solange Frauen benachteiligt sind, ist eine Gleichstellungsbeauftragte jemand, der diesen Nachteil ausgleichen soll. Wenn der Nachteil irgendwann nicht mehr besteht, können gern auch Männer sich dieser Aufgabe widmen. Der Landesfrauenrat hatte anlässlich der Debatte im Landtag zu einer Demonstration aufgerufen, an dem sich zahlreiche Frauen, auch Männer, beteiligten.



Für die aktuelle Stunde hatten wir das Thema „Ungerecht, armutsfördernd, ziellos - Welchen Handlungsbedarf gibt es in der Familienpolitik von Freistaat und Bund?“ in den Landtag gebracht.

In Sachen Landesrechnungshof waren sich die großen Fraktionen CDU, SPD und Linke darin einig, dass der Rechnungshof noch einen dritten gut dotierten Posten im Direktorium braucht, damit sie alle etwas davon haben und haben daher eine Novelle zum Rechnungshofgesetz gemeinsam eingebracht, mit dem auch noch der Rechnungshof in einigen Rechten beschnitten werden soll.

Zur künftigen Entwicklung der Klassik Stiftung Weimar wurde ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen einstimmig beschlossen. Ziel ist es, erstmals einen regelmäßigen Bericht des Stiftungspräsidenten zu bekommen. Wichtiger aber ist, die Finanzierung der Stiftung durch eine höhere Beteiligung des Bundes zukunftsfähiger zu machen. Bisher zahlen Bund und Land je 45 %, Stadt Weimar 10% zum Etat der Stiftung. Die Landesregierung soll zusammen mit der Stadt Weimar den Bund zu deutlich mehr Zuwendung an die Stiftung anregen. Meine Rede dazu könnt ihr u.a. hier anschauen: http://www.rothe-beinlich.de/im_landtag/reden_plenum/5858640.html

Ein Antrag mit gleicher Zielrichtung wurde übrigens von der Grünen Stadtratsfraktion in den Weimarer Stadtrat eingebracht.

Zu einem Antrag der FDP zum Stand der e.on-Übernahmeverhandlungen durch die Kommunen gab es eine längere Debatte im Landtag. Das Ziel der FDP, einmal mehr gegen die Übernahme zu schießen, wurde letztlich abgelehnt. An diesem Donnerstag endete das Plenum 23.15 Uhr.

Am folgenden Freitag wurde die Novellierung des Krankenhaus-Gesetzes, ein Antrag der Linken, ebenso abgelehnt wie ein Antrag der FDP zum Rundfunkbeitrag und ein Antrag zur Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode, ein Antrag der Linken mit einem Alternativantrag unserer Fraktion. Unser Antrag „Zukunft der Grünlandbewirtschaftung - Für ein Thüringer Grünlandkonzept“ wurde nach einem Bericht der Landesregierung und intensiver Debatte ebenfalls abgelehnt. Genauso erging es unserem Antrag „Echte Transparenz herstellen - Gutachten zur Funktional- und Gebietsreform bewerten und Transformationsprozess einleiten“. Nach dem Bericht der Ministerpräsidentin und einer längeren Diskussion im Plenum wurde er abgelehnt.



Das Plenum im März (20.-22.03.) war geprägt vom Abarbeiten vieler kleinerer Anträge. In der aktuellen Stunde hatte unsere Fraktion das Thema „Thüringens Energiewende braucht Windstrom - auch im Wald“ auf die Tagesordnung gebracht. Hier zeigte sich - schon wieder - sehr deutlich die Überforderung des Ministers Reinholz, der auch für Umweltfragen im Lande zuständig ist, aber immer wieder nur mit

Lobbyismus zugunsten der Agrarindustrie auffällt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zu einer neuen Thüringer Bauordnung wurde eingebracht und soll im Bauausschuss weiter diskutiert werden. Für die Realisierung der Sicherungsverwahrung wurde ein Staatsvertrag zwischen Hessen und Thüringen geschlossen und vom Landtag bestätigt. Größere Diskussionen gab es um das Gesetz zur Änderung des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes, welches die Koalition einfach verlängern will, ohne notwendige Überarbeitungen vorzunehmen. Dazu lest auch meine Pressemitteilung: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5847814.html>

Die Diskussion des ersten Zwischenberichtes des Untersuchungsausschusses 5/1 zum Komplex NSU und dem Versagen der Thüringer Behörden in den 90ern nahm einen großen Teil des Donnerstagsplenums ein.

Die FDP arbeitete sich nachfolgend daran ab, dass ihrer Ansicht nach Gemeinschaftsschulen durch das TMBWK unter Minister Matschie gegenüber Gymnasien bevorzugt werden würden. Die im Antrag enthaltene Unterstellung wurde von allen anderen Fraktionen zurückgewiesen.

Der dritte Tag begann mit der Diskussion zum Bau einer JVA Ostthüringen/Westsachsen. Ein Antrag der Linken zur besseren Unterstützung von Genossenschaften wurde in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Längere Diskussion rief ein Antrag der Linken zur Einführung einer Strompreisbremse hervor. Ein längerer Austausch entspannt sich beim Antrag Finanzierungs- und

Vertragsstruktur des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET). Die FDP wollte damit zum wiederholten Male das Engagement der beteiligten Thüringer Kommunen bei der Übernahme des Stromnetzes von e.on Thüringen in Frage stellen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Unsere Anträge zur Senkung des Salzverbrauchs auf den Thüringer Straßen, Für einen zielgerichteten und ausgewogenen EU-Haushalt, zum Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende und zu einer Novelle des Thüringer Wassergesetzes noch in dieser Legislaturperiode fielen den langen Diskussionen zuvor zum Opfer und wurden vertagt.



Zusammen mit der Linken hatten wir versucht, einen Antrag zur Abschaffung der Residenzpflicht in die Landtags Sitzungsthemen zu bekommen. Selbst die Hilfe einer Demonstration von Flüchtlingsinitiativen vor dem Landtag (Bild) brachte nichts, der Antrag kam nicht auf die Tagesordnung. Lest mehr dazu hier: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5845509.html>

Ebenso erging es einem Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion. Wir wollten die Aussetzung der Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo bis Ende Mai verlängern lassen. Ich betrachte das als Armutszeugnis für den Umgang mit den Ärmsten der Armen: <http://www.rothe-beinlich.de/akpresse/5845651.html>.

3) Grünes im Land: Treffen in Jena, LDK in Sömmerda

Auf Einladung des neuen Kreisvorstandes war ich am 6. Februar dort zu Gast und wir hatten einen guten Austausch. Einig waren wir uns auch dahingehend, dass es maßgeblich um den Blick nach vorn und ein gutes Miteinander gehen müsse. Ich habe einmal mehr um gegenseitige Unterstützung und Ausgewogenheit auch bei der Besetzung von Gremien und Listen geworben, um Dank der Breite eine größere Stärke zu erlangen. Dass wir nur mit Augenhöhe und Respekt zu einer noch besseren Verankerung von GRÜN kommen, war völlig unumstritten. Ziel muss schließlich sein, im nächsten Landtag noch mehr GRÜN zu platzieren, um einer ökologischen und sozialen Politik auch in Thüringen zu Mehrheiten zu verhelfen. Ich freu mich zukünftig auf ein gutes Miteinander und habe angeboten, häufiger auch nach Jena zu kommen - gleiches gilt natürlich auch für alle anderen Kreisverbände.

Vielleicht sehen wir uns in Sömmerda am 13. April? Auf der kommenden Landesdelegiertenkonferenz wird es vor allem um ganz viele Inhalte gehen. Ich selber habe, zusammen mit Tino Gassmann u.a. einen umfangreichen Antrag zur künftigen Thüringer Hochschulpolitik vorbereitet.

4) Bericht: Fachgespräch Kulturfinanzierung

Am 6. März fand im Landtag ein von der Landtagsfraktion organisiertes Fachgespräch zur Kulturfinanzierung in Thüringen statt. Wer dabei erwartet hatte, hier treffen sich Kulturschaffende, um sich gegenseitig zu versichern, dass Ihnen zuwenig Förderung zuteil würde, sah sich positiv getäuscht.

Die Veranstaltung baute nach einer Einführung in das Thema durch Astrid Rothe-Beinlich auf drei Impulsen aus unterschiedlichen kulturpolitischen Blickwinkeln auf. Den Anfang machte Prof. Dr. Steffen Höhne (HfM Weimar) mit einer Einschätzung zur aktuellen Situation, zu Problemlagen und möglichen Perspektiven der Thüringer Kulturfinanzierung. Den zweiten Impuls lieferte Iken Neisener vom



Netzwerk für Kulturberatung zu "Kulturentwicklungsplanung (KEP) als strategisches Element der Kommunalpolitik". Sie zeigte anhand von Beispielen aus Brandenburg, dass in den letzten Jahren konzeptgestützte Kulturpolitik sowohl auf kommunaler, regionaler als auch auf der Landesebene verstärkt Einzug gehalten hat. Im dritten Teil des Fachgesprächs ging Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, kulturpolitischer Sprecher der Landtagfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen auf die Chancen und Risiken des sächsischen Kulturraumgesetzes ein. Einen ausführlichen Bericht lest Ihr hier: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5825998.html>

5) Kurz berichtet

- Am 16. Januar habe ich auf Einladung des Vereines Prager Haus in Apolda zu Frauen in der rechten Szene gesprochen: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5752023.html>
- Die TA hatte im Rahmen von „TA kontrovers“ zu einem Streitgespräch zur Sexismus-Debatte nach Gotha am 7. Februar eingeladen. Ich debattierte mit Landtagskollegen Kemmerich von der FDP: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Sexismus-Debatte-Thueringer-diskutieren-in-Gotha-562897685>
- Die Zivilgesellschaft zeigte sich wachsam und hatte viel mobilisiert, sowohl Weimar am 9.2. als auch Dresden am 13.2. nazifrei zu halten. Beide Male dienten die alliierten Bombenangriffe als Vorwand für insgesamt klägliche Demonstrationen. Ich habe in beiden Fällen mit vielen anderen Grünen und noch-nicht-Grünen Gesicht gezeigt.
- Die Fraktion im Landtag weilte zu ihrer Jahresklausur am 5. und 6.3. dieses Jahr in Neudietendorf. Wir haben uns auf Schwerpunkte für dieses Jahr verständigt: Ihr werdet dazu also noch von uns hören.
- Rund um den Frauentag war ich viel unterwegs. So zu einer Frauentags-„Elefantinnen“runde im Bundestag am 20.02. oder zum GreenLadiesLunch der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin am 22. Zum Frauentagsempfang in der Staatskanzlei am 7. März war ich der Überraschungsgast (auch für mich eine Überraschung) für ein öffentliches Gespräch mit Sina Peschke und Sozialministerin Heike Taubert .
- Den Frauentag habe ich bei nasskaltem Wetter bei einer Frauentagsaktion mit Katrin Göring-Eckardt in Berlin verbracht: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5826082.html>
- Auf dem großen Frauentagspodium des DGB am 9. März unter der Fragestellung: „Frauenfreundliches Thüringen - Heute für morgen Zeichen setzen“ durfte ich mit Iris Gleicke, MdB SPD; Antje Tillmann, MdB CDU; Karola Stange, MdL DIE LINKE und der Vorsitzenden des DGB Thüringen, Renate Licht sowie vielen Interessierten die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt diskutieren. Ihre Lage ist vielfach geprägt von prekärer Beschäftigung und das trotz guter Qualifikation. Fast die Hälfte der Thüringerinnen arbeitet in sog. atypischer Beschäftigung, wie in Minijobs, das Armutsrisiko gerade im Alter ist daher extrem hoch. Die durchschnittlichen Renten von Frauen waren 2011 in Thüringen mit durchschnittlich 665 Euro deutlich niedriger als die der Männer in Höhe von 863 Euro. Ich habe dort für unsere arbeitsmarktpolitischen Forderungen geworben: Einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und ein Entgeltgleichheitsgesetz, den Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit und familienfreundliche Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit und natürlich auch für mehr Frauen in Führungspositionen und eine Quote. Außerdem habe ich deutlich gemacht, dass wir perspektivisch zu einer Individualbesteuerung kommen und statt der Ehe das Leben mit Kindern unterstützen wollen.
- „Mutti hat ´nen Minijob“ war eine Veranstaltung in Gera am 11.3. über die Arbeitsmarktsituation von Frauen in Thüringen überschrieben: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5833019.html>
- Zum grünen Entwurf eines Bildungsfreistellungsgesetz habe ich auf Einladung des DGB am 14. März referiert (Bild): <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5836224.html>



- Vom 15.-17. März hat in Berlin die BAG Frauenpolitik getagt, dabei am Samstag auf einer gemeinsamen Programmkonferenz mit 5 weiteren Bundesarbeitsgemeinschaften, und zwar den BAGen Nord-Süd, Frieden, Wirtschaft und Finanzen, Energie und Europa. Bei diesem spannenden Format wurden crossover die unterschiedlichen Programmkapitel des Bundestagswahlprogramms diskutiert - eine außerordentlich spannende Erfahrung, da der Blick über den eigenen Fachbereich vielerorts zu spannenden Erkenntnisgewinnen führte. Aus der BAG Frauen wird es schwerpunktartig Änderungen zum Bundestagswahlprogramm in folgender Hinsicht geben: Zum einen wird für ein konsequentes Gender Budgeting geworben, es geht weiterhin um die bessere Verteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern und nicht zuletzt ganz zentral um die Eigenständige Existenzsicherung - auch über die steuerliche Absicherung hinaus - dazu gibt es nun auch eine Neuformulierung dieses Schlüsselprojekts im Gleichberechtigungskapitel.
- Eine Premiere, und eine sehr gelungene, wie ich finde, war der Empfang von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Gera am Abend des 19. März. Über 40 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Verbänden gaben uns die Ehre. Ich glaube, ich bin nicht allein, wenn ich mir eine Neuauflage im nächsten Jahr wünsche: <http://www.rothe-beinlich.de/berichte/5848162.html>.

6) Vorschau und Termine

- Jeder Montag gehört in der Regel dem Bundesverband. Hier finden die wöchentlichen Bundesvorstandstreffen in Berlin statt.
- „**Inklusion kann nur gemeinsam gelingen**“ - Regionale Entwicklungskonzepte in der Diskussion“. Unter dem Titel lädt die Landtagsfraktion am 10.04.2013 um 18:00 Uhr in Erfurt, in die Staatliche Regelschule 25, Karl-Reimann-Ring 14 ein. Nach einer Einführung durch den Schulleiter „Wie kann Inklusion an unserer Schule gelingen?“ folgt eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Rainer Benkmann, Lehrstuhl Pädagogik bei Lernbeeinträchtigungen der Uni Erfurt und Mitglied im Beirat „inklusive Bildung“, Falko Stolp, Schulleiter der 25. Regelschule Erfurt, Wolfgang Zweigler, Beauftragter der Stadt Erfurt für Menschen mit Behinderungen, Janna de Rudder - Beigeordnete für Soziales, Jugend und Bildung der Stadt Weimar und mir. Bei Interesse oder für Nachfragen wendet euch an Matthias Bley, wiss. Mitarbeiter: Matthias.bley@gruene-fraktion.thueringen.de, Tel: 0361-3772657
- Am Freitag, 12.4. plant die Landesschülerversammlung Thüringen den 1. regionalen Schülertag Ostthüringen, ab 10 Uhr im Berufsschulzentrum Jena-Göschwitz. In diesem Rahmen wird es eine Diskussion der bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen zur aktuellen Bildungspolitik im Freistaat geben. Kommt doch vorbei, so Ihr könnt.
- Am Samstag, 13. April sehen wir uns zur Landesdelegiertenkonferenz in Sömmerda.
- Das nächste Landtagsplenum findet vom 24.-26.4. statt.
- Einige von Euch, so hoffe ich, sehe ich dann zur Programm-BDK in Berlin vom 26.-28. April.

Weitere aktuelle Meldungen, Kleine und mündliche Anfragen

findet ihr regelmäßig auf meiner Internetseite: <http://www.rothe-beinlich.de/>.

7) Zu guter Letzt

Wenn der Frühling mit seinen Tulpen nicht freiwillig zu uns kommt, dann holen wir uns eben welche ins Haus.

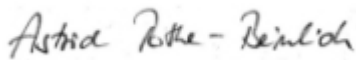
In diesem Sinne:

Fröhliche Ostern!



Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen. Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir - nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlich grüßt Euch Eure



Astrid Rothe-Beinlich

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Erfurt: Lutherstr. 5, 99084 Erfurt; T: +49(0)361/ 57 650 54, F: +49(0)361/ 57 650 35,

Mail: erfurt@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,

Mail: gera@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709

Mail: muehlhausen@rothe-beinlich.de

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL, Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Sprecherin für Kultur- und Bildung sowie Flüchtlingspolitik und Parlamentarische Geschäftsführerin. Mitglied des Bundesvorstandes und Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps, M. A.

Bildquellen:

- S. 2: Claudia Roth & Astrid Rothe-Beinlich auf dem Bundesfrauenrat 2013 (gruene.de CC-BY-NC-30)

- Andere: Grüne Landtagsfraktion oder eigenes Archiv